

SBB UND SBB CARGO

Die Rechnung geht nicht auf, die Löhne müssen steigen

Vivian Bologna / Übersetzung: Peter Moor
vivian.bologna@sev-online.ch

Die Aussagen sind deutlich und der Auftrag ist klar: Die GAV-Konferenz SBB / SBB Cargo hat der Verhandlungsdelegation des SEV das Mandat erteilt, eine Lohnerhöhung auszuhandeln, insbesondere für die tiefen Einkommen. Sie hat zudem klar gemacht, dass sie die Berufsinvalidität beibehalten will. Eine Verschlechterung kommt nicht in Frage.

«Die SBB ist nicht so sozial, wie sie sich gibt. Sie greift die Schwächsten an.» «Wir lassen uns bei den Löhnen schröpfen, und bei der Pensionskasse lassen wir uns nochmals schröpfen! Wir müssen gemeinsam aktiv werden!» «Und wenn man die Friedenspflicht übergehen würde und wir streiken?» «Die Stellen zur Wiedereingliederung nehmen ab. Die steigenden Lebenshaltungskosten treffen uns voll. Nun muss etwas gehen!»

Die Delegierten der GAV-Konferenz SBB / SBB Cargo haben an ihrer Sitzung vom 6. September in Bern kein Blatt vor den Mund genommen, um von ihrer Arbeitgeberin einen Teuerungsausgleich zu verlangen, aber nicht nur dies. «Die Delegierten haben klar verlangt, dass die Löhne steigen müssen, besonders für Leute mit tiefen Einkommen. Diskutiert wurde auch über die Mit-

teilung der SBB, dass sie die meisten Stellen neu ab 60% ausschreiben will, um neue Arbeitsmodelle zu ermöglichen. Die Delegierten haben festgestellt, dass für Leute in tieferen Anforderungsniveaus Arbeiten zu 60% nur schwer möglich ist», betont Valérie Solano, Vizepräsidentin des SEV, zuständig für SBB und SBB Cargo.

Offenes Mandat

Das Mandat, das die Delegierten erteilt haben, ist offen. Dafür haben 96 Delegierte gestimmt, wogegen 12 Personen ein Mandat wollten, in dem eine klare Zahl genannt wird. Die Verhandlungsdelegation hat also in den Gesprächen mit der SBB Spielraum: «Die Teuerung muss ausgeglichen werden, die Reallöhne müssen steigen und zudem muss eine Summe für die variablen Lohnbestandteile nach Lohnsystem zur Verfügung gestellt werden», ergänzt Valérie Solano.

Zurzeit liegt die Teuerung in der Schweiz bei rund 3,5%, aber niemand weiss, wo sie in einigen Monaten sein wird. Hinzu kommt die Erhöhung der Krankenkassenprämien von gegen 10%, die Ende September bekannt gegeben wird.

Berufsinvalidität ist sakrosankt

Die drei Sparmassnahmen auf dem Buckel des Personals gaben auch viel zu reden. Auch wenn diese von der SBB zurzeit sistiert sind, haben die



Die Löhne der Mitarbeitenden von SBB und SBB Cargo müssen der Teuerung angepasst werden.

Delegierten ihren Widerstand gegen die Massnahmen bekräftigt, insbesondere wegen der Lohneinbussen, die sie bewirken würden. Wie berichtet, hat die SBB den Vertrag über die Berufsinvalidität mit der Pensionskasse gekündigt, und sie will die Bedingungen mit den Gewerkschaften und Berufsverbänden neu verhandeln. «Es gibt nichts zu verhandeln. Man muss die Berufsinvalidität unverändert beibehalten. Das sind erworbene Rechte.» Dies war eine in der Versammlung breit geteilte Haltung. Für Valérie Solano ist es aber nötig, Gespräche zu führen: «Da der Vertrag gekündigt ist, haben wir ab 1. Januar 2023 gar nichts.»

Die Versammlung hat zudem erneut gefordert, dass die beiden Sparmassnahmen (Erhöhung der Risikoprämien und Erhöhung der Beiträge an die Krankheitskosten) von der SBB definitiv zurückgenommen werden müssen. Sie hat dem SEV das Mandat erteilt, die Beibehaltung der Berufsinvalidität zu verhandeln.

Unterstützung von Giorgio Tuti

Diese GAV-Konferenz war voraussichtlich die letzte des abtretenden Präsidenten Giorgio Tuti. Er hat gleich zu Beginn festgehalten, dass die Preissteigerungen in allen Ländern die Lebenskosten verteuern, bei unsern Nachbarn noch mehr als in der Schweiz (7% in Frankreich und

Deutschland, 8% in Italien) und dass der Kampf für den Teuerungsausgleich auch bei der SBB geführt werden muss.

«Stimmt zweimal Nein und ruft alle zum Abstimmen auf»

Giorgio Tuti richtete an die Delegierten auch einen feurigen Appell gegen die Vorlage AHV 21 und rief sie auf, zweimal Nein zu stimmen und rundherum alle zum Abstimmen aufzurufen. «Es wird behauptet, es gehe um Gleichstellung. Aber man kann nicht von Gleichstellung reden, wenn die Frauen schon heute insgesamt um ein Drittel tiefere Renten als die Männer haben. Und es ist wichtig zu begreifen, was mit dieser Abstimmung auf dem Spiel steht: die Erhöhung des Rentenalters für alle auf 67 Jahre, oder gar noch höher. Zudem will eine Initiative die Renten an die Entwicklung der Finanzmärkte binden. Und dies, obwohl die Rentner:innen fixe Ausgaben haben. Und gerade jetzt steigen diese Ausgaben deutlich! Es geht also um einen Rentenabbau. Wir verlangen hingegen eine 13. AHV-Rente, die aus Gewinnen der Nationalbank finanziert wird.»

Abliessend hielt Tuti fest, dass er bei Demonstrationen auch in Zukunft an der Seite der Eisenbahnerinnen und Eisenbahner stehen werde. «Selbstverständlich mit einer SEV-Fahne!» Es folgte tosender Applaus.

+

-

Die Volksinitiative der SP und der Grünen «für eine faire Klima- und Energiepolitik: Investitionen in Wohlstand, Beschäftigung und Umwelt (Klimafonds-Initiative)» will die Behörden dazu verpflichten, gegen die Klimaerwärmung zu kämpfen. Würde sie angenommen, müsste jährlich zwischen 0,5% und 1% des BIP in die ökologische Sanierung der Schweiz investiert werden. Dadurch würden Arbeitsplätze geschaffen, die lokale Wirtschaft gestärkt und der öffentliche Verkehr umfassend ausgebaut.

Frauen erhalten laut dem Bundesrat im Durchschnitt 34% weniger Rente als Männer. Die Befürworter:innen von AHV 21 argumentieren, die skandalöse Situation der Frauen in der zweiten Säule würde sich rasch verbessern. Die für die BVG-Reform zuständige **Ständeratskommission hat diese Reform jedoch gerade verschoben.** Sie wartet auf das Abstimmungsresultat zur AHV21. Wir stimmen also über die Verschlechterung der Renten der Frauen ab, ohne zu wissen, was sie danach im BVG erwartet.



PHILIPP HADORN antwortet

Swiss soll zahlen

? Warum verzichtet SEV-GATA auf die Einreichung der Klage gegen Swiss wegen widerrechtlicher Anwendung des Krisen-GAV für das Bodenpersonal?

Mit Beginn der Kurzarbeit aufgrund der Corona-Pandemie bat Swiss um Verhandlungen zur Senkung der Kosten. Wir schnürten im Januar 2021 mit dem Krisen-GAV ein «Sparpaket» und setzten uns erfolgreich für Bundeshilfe und Verlängerungen der Kurzarbeitsentschädigungen ein. Doch als «Dank» kündigte die Swiss unter dem neuen CEO im Mai 2021 eine Massenentlassung an.

Die Anwendung des Krisen-GAV hatte einerseits einen klaren Zweck (keine Entlassungen), eine Voraussetzung (erst nach dem Ende der gesetzlichen Kurzarbeit), eine zeitliche Befristung und eine Regelung des «Payback» nach Überwindung der Krise.

Per 1. März 2022, im Moment der offensichtlichen Erholung der Branche mit deutlicher Stellenunterbesetzung, setzte Swiss den Krisen-GAV in Verletzung der Vereinbarung in Kraft. Weil die Swiss unseren Protest ignorierte, bereiteten wir eine Klage vor. Wenige Wochen später kündigte Swiss an, sämtliche Krisen-Bestimmungen per Ende Jahr aufzuheben.

Nun gelangte Swiss an uns, den vereinbarten «Payback» von 2500 Franken / FTE (Vollzeitstelle) zu halbieren, da der Krisen-GAV lediglich zehn Monate in Kraft sei und damit zu weniger als der Hälfte der geplanten Einsparungen führe. Bei Erfüllung aller Voraussetzungen wäre eine maximale Dauer von 28 Monaten möglich gewesen mit Einsparungen von 5000 Franken / FTE.

SEV-GATA analysierte die Situation: Die widerrechtliche Anwendung des Krisen-GAV führt faktisch dank der vereinbarten fixen Regelung des «Payback» zu einem Vorteil für unsere Mitglieder. Den erbrachten Krisen-Opfern von nun «lediglich» rund 1800 Franken / FTE stehen Ansprüche von 2500 Franken der Swiss entgegen. Aus diesem Grund halten wir an der vollständigen Vereinbarungserfüllung fest, verzichten auf die Einreichung der Klage und überwachen, dass Swiss vereinbarungsgemäss die Payback-Zahlungen vornimmt.

Die Klagen wegen Verletzung des Konsultationsverfahrens bei der Massenentlassung bleiben vor dem Gericht hängig.

Philipp Hadorn ist Gewerkschaftssekretär SEV und Präsident von SEV-GATA, der Luftabteilung des SEV. Hast du eine Frage an den SEV? Schreib uns an zeitung@sev-online.ch